Nr. 480 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 238

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 20 Pf.
auswärts 30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36,— M., monatl. 12,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22,— M. für das übrige Ausland 28,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Hammerin" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neungespaltene Nonpareillezeile kostet 6,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 2,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 11. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Deutschland, Frankreich und Oberschlesien.

Die Beratungen der Reichsregierung.

Die gestrige Kabinettsitzung dauerte von ½11 bis 1 Uhr nachts. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Die Sitzung sollte heute um 11 Uhr vormittags fortgesetzt werden, ist aber auf abends verlagt worden.

Es ist zu erwarten, daß auch die Parteiführer noch zu Rate gezogen werden, bevor endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Die Sozialdemokratische Partei hat die Absicht, bei dieser Gelegenheit vor jeder Uebereilung dringend zu warnen.

•

In Frankreich befürchtet man, Deutschland werde sich vom Wiesbadener Abkommen zurückziehen, wenn die Entscheidung über Oberschlesien die Richtlinien enthalten sollte, die nach den Meldungen der letzten Tage die Viererkommission ausgearbeitet hat. Man schenkt dort den Gerüchten über die Folgen eines derartigen Schiedsspruches auf die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands sehr starke Aufmerksamkeit. Uns liegt es fern, uns zum Sprachrohr der Krisenspekulanten machen zu lassen. Ein gut Teil dessen, was in Paris als bare Münze ausgetischt wird, beruht auf leeren Kombinationen. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß Deutschlands Lage außerordentlich schwierig ist. Alle Welt erkennt an, daß wir unseren Verpflichtungen bis an die Grenze des Menschenmöglichen nachgekommen sind. Einige nicht zu unterschätzende Sachverständige sind sogar der Ansicht, daß diese Grenze bereits überschritten ist.

Wir konnten die ungeheuren Anstrengungen mit gutem Gewissen machen, weil man uns versichert hatte, der oberschlesische Lungenflügel, dessen wir als Schwerstarbeiter unbedingt bedürfen, werde uns nicht beschnitten werden. Was bleibt aber zu tun übrig, wenn uns der freie Atem durch den stets drohenden Zugriff einer Aerztekommission behindert wird, die das Höhrrohr an der Brust hält? Wie sollen wir unser Reparations- und Wirtschaftsprogramm festlegen, wenn in Oberschlesien von neuem ein kurzfristiges Provisorium geschaffen wird? Gewiß, Deutschland gefällt sich nicht in der Rolle des kranken Mannes am Goldenen Horn. Es wird weiterkämpfen. Aber die Verhältnisse sind nicht geklärt genug, um Enttäuschungen, wie es Oberschlesien eine zu werden droht, ohne gefährliche Erschütterungen überstehen zu können. Was nützen Sympathiekundgebungen auf der Gegenseite, wenn sie von einem Dolchstoß in den Rücken begleitet werden!

Befürchtungen und Gerüchte.

Paris, 11. Oktober. (EE.) Die im Laufe der Nacht aus Berlin eingetroffenen Nachrichten, die von der im Deutschen Reiche herrschenden Unruhen berichten, haben auch Frankreich nicht gleichgültig gelassen, wo man, wie aus dem „Petit Parisien" hervorzugehen scheint, böse Folgen für das Wiesbadener Abkommen befürchtet, falls in der oberschlesischen Frage eine für Deutschland ungünstige Entscheidung gefällt werden sollte. Der „Petit Parisien" erklärt, daß trotz aller Schwierigkeiten, denen das Kabinett Wirth ausgesetzt sein könne, man nicht zulassen dürfe, daß die Durchführung des Wiesbadener Abkommens mit der oberschlesischen Frage in Zusammenhang gebracht werden könne. Dies sei eine Art Erpressung, zu der sich der Völkerbund nicht hergeben dürfe.

Aus Berlin lassen sich die hiesigen Blätter berichten, daß die deutsche Regierung der englischen die Demission des Kabinetts Wirth angedroht hätte, falls eine Polen günstige Entscheidung in der oberschlesischen Frage getroffen würde. Der Kanzler würde den Reichstag zu einer besonderen Sitzung zusammenrufen, in der eine feierliche Resolution abgegeben würde, in der dieser gegen die Verletzung des Rechtes protestiert und den Versailler Vertrag und das Wiesbadener Abkommen aufheben würde, weil Deutschland, der oberschlesischen Produktion beraubt, Frankreich nicht mehr die notwendigen Materialien liefern könnte. Gleichzeitig würden auch die Vertreter des Handels, der Industrie und des Ackerbaus ihr der Regierung gegebenes Kreditangebot zurückziehen. Diesen politischen Ereignissen würden Massenkundgebungen im ganzen Reiche folgen, die Nationalisten würden gegen Frankreich eine ungeheure Kampagne entfachen und die jetzige Regierung würde jedenfalls von einer Regierung der Rechten abgelöst werden, deren erste politische Tat der wirtschaftliche Boykott Polens wäre, um einen Vorwand zu finden, in Oberschlesien Reichswehrtruppen zu belassen.

Pertinax im „Echo de Paris" wendet sich hauptsächlich dagegen, daß der Völkerbundrat den Anregungen der Internationalen Gewerkschaftskommission von Amsterdam, in der sogar Wissell vertreten sei, folgen wolle, die wirtschaftliche Einheit des Landes durch eine internationale Kommission aufrechtzuerhalten. Damit wäre das Industriegebiet für die polnische Nation verloren. Deutschland würde angeblich aus der Errichtung eines solchen Sondergebietes besondere Vorteile ziehen, weil es in seiner industriellen und auch in seiner sozialdemokratischen Organisation stärker sei als Polen.

„Echo de Paris" wird aus Warschau gedrahtet: Schon unter der Regierung Witos soll der polnischen Regierung von Deutschland das Angebot gemacht worden sein, für das oberschlesische Gebiet von Deutschland einen Kredit von 500 Millionen Goldmark eingeräumt zu erhalten. Mehrere Minister des Kabinetts Witos billigten diesen Plan, und wenn er nicht endgültig angenommen wurde, so geschah es aus Furcht, die öffentliche Meinung würde ein solches Abkommen nicht billigen. Es scheint, daß dieses Angebot auch der Regierung Ponikowski gemacht worden wäre. Der Berichterstatter des „Petit Parisien" schreibt die neuesten Kursbesserungen auf der Warschauer Börse dem deutschen Einfluß zu, weil Deutschland durch einen kühnen Börsencoup beweisen wolle, wie sehr der Verkauf Oberschlesiens an Deutschland die finanzielle Lage Polens verändern könne. Das „Echo de Paris" hält es übrigens für möglich, daß diese Kursbesserungen bereits das Ergebnis eines abgeschlossenen Abkommens zwischen Warschau und Berlin seien. Eine Quelle, aus der die Nachricht stammt, hat der Berichterstatter des „Echo de Paris" nicht angeführt.

10 Jahre internationaler Freistaat?

Paris, 11. Oktober. (EE.) Eine Genfer Depesche besagt, daß der Völkerbundrat gestern abend eine private Besprechung im Heim des Grafen Ishii abhielt, um von den Arbeiten der Viererkommission über Oberschlesien Kenntnis zu nehmen.

Genf, 10. Oktober. Die Ratsmitglieder suchen immer noch die endgültige Form des Planes, demzufolge ein politisch zu teilendes Industriegebiet seine wirtschaftliche Einheit behalten soll. Der Grundsatz, wonach die Verwaltung des Industriegebietes einer internationalen Kommission anzuvertrauen ist, hat offenbar jetzt einstimmige Billigung gefunden. Nur über die Zusammensetzung der Kommission herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Die einen wollen eine internationale Kommission mit deutschen und polnischen Mitgliedern, die anderen eine Völkerbundkommission, die dem Generalsekretariat unterstehen würde. Daß man in den Kreisen des Sekretariats den letzteren Plan eifrig fördert, liegt auf der Hand. Die vorläufige Dauer dieser Lösung soll etwa 10 Jahre dauern.

London, 11. Oktober. (WTB.) Wie Reuter erfährt, werden die Beschlüsse der für Oberschlesien besonders ernannten Mitglieder des Völkerbundes sofort dem Rate des Bundes in Genf vorgelegt werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie dem Obersten Rat unterbreitet. Bisher hat die britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse und auch keine Anfragen deswegen ergehen lassen.

Erregung in England.

London, 11. Oktober. (WTB.) Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende gefährliche Spannung bezüglich der erwarteten Entscheidung des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage hin. Die Beratungen zwischen dem Außenminister Dr. Rosen und dem deutschen Botschafter Sthamer, sowie die unmittelbar darauf erfolgte Abreise des Botschafters von London wird hervorgehoben. Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" schreibt, unter Bezugnahme auf die letzte Verzögerung durch die dauernde Verschiebung der oberschlesischen Entscheidung durch die Alliierten sei der Bogen überspannt worden. Wenn die Entscheidung in der oberschlesischen Frage sich als ungünstig für Deutschland erweisen sollte, so müßte das Schlimmste befürchtet werden.

•

Gegenüber der Meldung bürgerlicher Blätter, daß eine Gewerkschaftsvertretung nach London abgereist sei, ist festzustellen, daß sich in London allerdings Vertreter der deutschen Gewerkschaften befinden, daß aber ihre Reise dorthin nicht durch die neuesten ungünstigen Nachrichten über Oberschlesien veranlaßt worden ist. Das schließt natürlich nicht aus, daß die deutschen Gewerkschaftsvertreter die Gelegenheit benutzen könnten, mit den ihnen erreichbaren Stellen auch über Oberschlesien zu sprechen.

Die Ententekommission im Burgenland.

Wien, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Am Sonnabend morgen fuhr ein Kraftwagen von Tozing in Westungarn gegen die Gemeinde Au am Leitha-Berge in Deutschösterreich. Der Wagen hielt vor dem Gemeindeamte und ihm entstiegen ein französischer Offizier, zwei italienische Offiziere und zwei Soldaten. Sie erkundigten sich, wie stark die deutschösterreichische Gendarmerie in dem Orte sei. Der gleiche Fall hat sich in Mannersdorf und in Somerein am Leitha-Berge ereignet und dieselbe Kommission sucht zweibis dreimal in der Woche die Grenzorte auf, um Nachrichten über die Stärke des deutschösterreichischen Grenzschutzes zu sammeln. Dann kehrt sie in das Kommando des Banditenführers, Oberleutnant Heijas, zurück und fährt schließlich nach Eisenstadt!

Die offene Stadt Bruck a. d. Leitha wird seit heute früh ½8 Uhr wiederum von Ungarn beschossen. Die Bewohner, die im Vorfelde wohnen, sind aufgefordert worden, ihre Häuser bis zum Sonnabend zu räumen, so daß wohl für diesen Tag ein größerer Angriff in Aussicht genommen ist.

Die Regierung in Thüringen.

Aus Jena wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts" hat schon in seiner Sonntagsnummer die Namen der neuen Regierungsmänner in Thüringen mitgeteilt. Schon am Sonnabendabend hatte der Präsident des Thüringer Landtages, Genosse Leber, die neuen Staatsminister verpflichtet, damit in den einzelnen Ministerien die zur Erledigung harrenden Arbeiten sofort in Angriff genommen werden können. Da der Thüringer Staat keinen Staatspräsidenten hat, vertritt der Landtagspräsident das Volk bei der Berufung der Minister. Er unterzeichnet daher auch die Urkunden über die Ernennung der Mitglieder des Staatsministeriums wie auch ihre Versetzung in den Warte- oder Ruhestand. Genosse Leber nahm jedem der anwesenden Minister und Staatsräte folgendes Gelöbnis ab: „Sie geloben, alle Ihre Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen, die Pflichten des Ihnen übertragenen Amtes gewissenhaft zu erfüllen und die Gesetze, insbesondere die Reichs- und Landesverfassung, sorgfältig zu beobachten." Jeder der Minister und Staatsräte wurde durch Handschlag auf dieses Gelöbnis verpflichtet. Eine religiöse Beteuerung, die nach der Verfassung zulässig ist, wurde in keinem Falle abgegeben.

So kann jetzt die erste rein sozialistische Thüringer Regierung an die Arbeit gehen und nicht nur den Thüringer Arbeitern, sondern auch dem Bürgertum zeigen, daß sie gewillt ist, mit aller Energie den neuen Staat vorwärts zu bringen. Freilich, wenn wir die Erklärungen in Betracht ziehen, die bei der Wahl der sozialistischen Minister die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Demokraten im Thüringer Landtag abgaben, in denen der schärfste Kampf angekündigt wurde, so dürfte man der rein sozialistischen Regierung kein allzulanges Leben prophezeien. Auf diesen Standpunkt stellen sich natürlich auch die bürgerlichen Thüringer Preßorgane, die zum Teil schon das Auseinanderfallen des Thüringer Staates prophezeien. Gewiß ist die Arbeit nicht leicht, die der Sozialdemokraten in der Thüringer Regierung harrt. Denn noch sind die einzelnen ehemaligen Staaten nicht endgültig abgebaut, und ebenso ist der Aufbau des Thüringer Staates in Weimar noch lange nicht vollzogen, aber dennoch glauben wir, daß die Befürchtungen und Ankündigungen der bürgerlichen Parteien sich nicht bewahrheiten werden, wenn die Kommunisten nur einigermaßen vernünftig sind. Daß etwa unsere Genossen in der Regierung nach der Pfeife der Kommunisten tanzen werden, wie die bürgerliche Presse dem Thüringer Volke verkündet, ist ganz ausgeschlossen; nicht wir haben den Kommunisten Konzessionen gemacht, sondern umgekehrt ist es der Fall. Würden also die Kommunisten unklug handeln, würden sie die Sache bei irgendeinem Gesetz auf die Spitze treiben und der sozialistischen Regierung Schwierigkeiten bereiten, so würden sie die Last der Verantwortung tragen, daß sie den Bürgerlichen wieder zur Macht geholfen haben.

Dann hat aber das Thüringer Volk auch Vertrauen zu der neuen Regierung. Denn es kommen, soweit unsere Parteigenossen in Betracht gezogen werden, in der Hauptsache Männer in Frage, die Jahrzehnte im Kampf stehen und die in vielen Stellen sich bewährt haben. Genosse Frölich als Wirtschaftsminister, der auch das Präsidium übernehmen wird, hat nach der Revolution 2 Jahre in Altenburg die Regierungsgeschäfte geleitet, seit November 1920 leitet er das Thüringer Wirtschaftsministerium. Klagen sind über seine Tätigkeit nie laut geworden. Genosse v. Brandenstein wird als Jurist das Justizministerium übernehmen. Dieser von den bürgerlichen Parteien am meisten gehaßte Mann besitzt Fähigkeiten genug, um sich gegen die bürgerlichen Angriffe erfolgreich zur Wehr setzen zu können. Genosse Hartmann aus Rudolstadt übernimmt als Finanzminister das dornenvollste Amt. Aber wir haben die Hoffnung, daß gerade Hartmann zeigen wird, daß auch der Thüringer Staat finanziell sicherzustellen ist. Das Ministerium des Innern übernimmt der Unabhängige Hermann, während das noch zu schaffende Ministerium für Volksbildung dem Unabhängigen Greil übertragen werden soll. Unsere Genossen hatten dafür den Genossen Henningsen-Homburg in Aussicht genommen, aber leider läßt sich gegenwärtig diese Berufung nicht ermöglichen.

Von den 3 Staatsräten kommen Genosse Rennert für Meiningen und die Unabhängigen Brill und Bielfigk für Gotha und Sondershausen in Frage. Nach dem Gemeinschaftsvertrag müssen nämlich bei der Regierungsbildung in Thüringen noch 15 Jahre nach dem Zusammenschluß die ehemaligen Staaten durch je ein Mitglied in der Regierung vertreten sein. Da auch diese Schwierigkeiten behoben werden konnten, so hat der Thüringer Staat eine Regierung erhalten, die nicht nur arbeitsfähig ist, sondern die auch allen Stürmen gewachsen sein dürfte. Sollte aber über kurz oder lang ein Bruch unvermeidlich sein, so werden die Sozialdemokraten auch dann ihren Mann zu stellen wissen.

Wels zur Koalitionsfrage.

Genosse Otto Wels versendet durch WTB. folgende Erklärung:

„Die TU. verbreitet einen Bericht über eine von mir auf dem Parteitag der Sozialdemokratie für Hessen-Nassau gehaltene Rede. Ist schon die Darstellung meiner Ausführungen über Oberschlesien nicht ganz richtig, so legt mir der Bericht betreffend die Heranziehung der Volkspartei zur Regierung Worte in den Mund, die ich überhaupt nicht gebraucht habe. In meiner Rede stellte ich lediglich die Tatsache fest, daß der Reichskanzler Wirth den Führern der Koalitionsparteien erklärte, wenn die Industrie in der Beschaffung von Gold dem Reiche über die steuerlichen Leistungen hinaus namhafte Opfer, auch durch Darbietung der Substanz bringe, dann würde er sich angesichts der Notlage des Reiches veranlaßt sehen, an die Koalitionsparteien zwecks Einbeziehung der Volkspartei in die Koalition heranzutreten. Ich habe auf das Gewicht dieses Arguments aufmerksam gemacht, aber keinen Zweifel gelassen, daß eine Sicherung des Kabinetts durch Verbreiterung der Basis nach links meinen Anschauungen am meisten entspräche. Das geht auch aus der einstimmig angenommenen, von mir empfohlenen Resolution unzweideutig hervor."

*

Ueber die Rede des Genossen Wels liegt uns folgender eigener Bericht vor:

Wels sprach äußerst wirkungsvoll, seine Darlegungen fanden die stürmische Zustimmung der Mehrheit des Parteitages. Er sagte: Die innerpolitische Situation in Deutschland sei in den Tagen der Schüsse von Griesbach die gleiche gewesen wie vor dem Kapp-Putsch. Die Regierung Kahr habe sicher in engster Verbindung mit den deutschnationalen Geheimorganisationen gestanden. Durch die Ermordung Erzbergers habe sich die Situation zusammengeballt, da sei es notwendig gewesen, Maßnahmen zu treffen zum Schutze der Republik. Zum andern kam die Frage der

Erfassung der Goldwerte.

Die Industrie erklärte sich auf die Anfrage Wirths bereit, dem Reich 1½ Goldmilliarde zur Verfügung zu stellen. Da berief der Reichskanzler 8 Tage vor dem Görlitzer Parteitag die Regierungsparteien zu sich und erklärte, daß er dann nicht mehr in der Lage sein würde, die Volkspartei von der Regierung auszuschließen. Wenn wir Deutschland vor dem Ruin retten wollten, wenn das Kabinett Wirth nicht stürzen sollte, müßte dem Gedanken der Erweiterung der Koalition nähergetreten werden. Wels zeigte, wie die Vertreter der preußischen Regierung im Reichsrat bei der Besprechung der Verordnung der Reichsregierung zum Schutze der Republik der Reichsregierung in den Rücken gefallen sind. Das hätte erneut die Notwendigkeit gezeigt, daß wir in die preußische Regierung wieder hineinmüßten. Wels schilderte die Situation bei den Regierungsbildungen seit Weimar und besonders treffend die schwankende Haltung der Demokraten bei der Bildung der Regierung Wirth. Unser Ziel ist

eine sozialistische Regierung.

Das Ergebnis der letzten Wahlen zwingt uns aber zur Koalitionspolitik. Wir Sozialdemokraten haben die Umbildung der Reichsregierung nicht notwendig. Um aber bei Erfüllung der Staatsnotwendigkeit nicht mit gebundenen Händen dazustehen, haben Parteivorstand und -ausschuß die Görlitzer Resolution vorgeschlagen. Die Partei wird nicht Gefahr laufen, rechts abzuschwenken. Wir brauchen Vertrauen gegen Vertrauen, Treue um Treue. (Starker Beifall.)

In der Diskussion vertraten Frankfurter Redner, besonders Marckwald, den bekannten Frankfurter Standpunkt. Fast alle übrigen Redner wandten sich gegen die Frankfurter Auffassung und besonders gegen Ausführungen Marckwalds. An der Haltung der „Frankf. Volksstimme" wurde scharfe Kritik geübt. Besonders bemerkenswert ist, daß mehrere Genossen, die in Görlitz gegen die Koalitionsresolution stimmten, sich gegen das Vorgehen Marckwalds wandten. Sehr versöhnlich und eindrucksvoll sprach Abg. Hoch-Hanau, der ebenfalls in Görlitz bei der Minderheit war. Wir haben auf dem Parteitag unsere Meinung gesagt, jetzt handelt es sich nicht darum, Schulmeisterei zu treiben, sondern zu handeln. Wir waren uns in der Fraktion darin einig, daß wir uns ehrlich auf den Boden des Görlitzer Beschlusses zu stellen haben. Wir müssen alles tun, um den Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. Eine Koalitionsregierung kann nur möglich sein, unter der Parole Schutz der Republik.

Bei der Abstimmung stimmte der Bezirksparteitag nach Ablehnung eines Zusatzantrages Marckwald einmütig folgender Entschließung zu:

„Der Bezirksparteitag begrüßt die Ausführungen des Referenten, die darüber keinen Zweifel lassen, daß die Partei zur Bildung neuer Koalitionsregierungen nur bereit ist unter unbedingter Sicherung der Durchführung der in Görlitz festgelegten Mindestforderungen. Der Parteitag billigt besonders die Bemühungen des Parteivorstandes, durch Einbeziehung der USP. in die Koalitionsregierung die Basis derselben nach links zu erweitern."

Ein Heer von Lügen

lassen die bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Mehrheit der Berliner Stadtverwaltung aufmarschieren.

Die bürgerliche Presse,

von vielen Arbeitern, Angestellten, Beamten noch unterstützt, überbietet sich täglich aufs neue in

Beschimpfungen der Arbeiterschaft,

die man im neuen Berlin rechtlos machen möchte. Sorgt dafür, daß die Antwort am 16. Oktober wuchtig ausfällt.

Jede Stimme der SPD.

Ein „Vorwärts"-Verbot bei der Schutzpolizei

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Schutzpolizei-Hauptmann Niedermayer, der die dritte Hundertschaft der Polizeiabteilung Tegel-Reinickendorf, Spandauer Weg 38, leitet, der Zeitungsausträgerin des „Vorwärts" einen Schein zum Betreten der Kaserne verweigert. Deutschmonarchistische Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung", der „Stahlhelm" usw. können dagegen ungehindert in der Kaserne verbreitet werden. An der Tafel, die zur Bekanntgabe des Dienstes dient, konnte unlängst ungehindert eine Einladung zum Frontkämpfertag hängen, dessen Besuch der Reichswehr ausdrücklich verboten war. Dem Kassierer des Sozialdemokratischen Wahlvereins dagegen soll das Betreten der Kaserne verboten worden sein. — Wir halten es für dringend erforderlich, daß hier der Polizeipräsident einmal nach dem Rechten sieht und der politischen Bevormundung seiner Beamtenschaft endgültig ein Ende macht.

Der Münchener Verschwörersumpf.

Der Mörder von Gareis entlarvt?

München, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Leitung der bayerischen Sozialdemokratie hat sich das Ziel gesetzt, in den nächsten Tagen unter enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden den durch das System Kahr-Roth geschaffenen Verschwörersumpf auszuräumen. Hiervon wird sie sich durch die Drohungen der „Augsburger Abendzeitung" nicht abhalten lassen. Mit allen dem bayerischen deutschnationalen Klüngel nahestehenden illegalen Verbänden wird sie den Kampf bis aufs Messer aufnehmen. Die „Münchener Post" stellt in ihrer heutigen Ausgabe **den großindustriellen Konzern, welcher die Mörderzentrale finanziert hat,** an den Pranger. Sie glaubt, den Mord an Gareis aufgedeckt zu haben und schreibt unter dem Titel „Osthandels-Gesellschaft":

„Die Osthandels-Gesellschaft wurde seinerzeit gegründet, angeblich zu dem Zweck, mit den Oststaaten, namentlich mit Ungarn Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Der tatsächliche Zweck ist **lediglich die politische Zusammenarbeit mit Ungarn.** An der G. m. b. H. sind beteiligt der bekannte Kommerzienrat Zentz und der Konsul Rücke. Die Leitung ist im Münchener Ring-Hotel, dem bisherigen Sitz der Einwohnerwehr-Zentrale. Der erste Direktor ist der Materialreferent der Landesleitung der Einwohnerwehr, der zweite Direktor ein Major, der früher längere Zeit in Ungarn tätig war. Eine Filialdirektion der Osthandels-Gesellschaft befindet sich in Budapest.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob es richtig ist, daß Leutnant Schweikhardt, der als Täter des politischen Mordes im Forstenrieder Park festgestellt ist und außerdem hinreichend verdächtig erscheint, an dem Mord des Abgeordneten Gareis beteiligt gewesen zu sein, von der Osthandels-Gesellschaft im Ausland beschäftigt wird."

Ueber die Ziele der Mobilmachung der Orka in Tirol schreibt die „Münchener Post": „Durch die Lostrennung Tirols von Deutschösterreich soll das Vorgehen gegen die Volkswehr und deren Entwaffnung ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen dadurch die bayerischen Sozialisten aufgereizt werden, zur Unterstützung ihrer Genossen in Tirol einzuschreiten. Dadurch könnte dann der längst ersehnte Linksputsch vorgetäuscht werden, den die Leitung der Orka zur Erreichung ihres Zieles für unbedingt nötig hält, und zugleich wäre dann Gelegenheit gegeben, den Ausnahmezustand in Bayern aufrechtzuerhalten."

Bayern — Tirol.

Innsbruck, 11. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Lage in Tirol ist noch immer außerordentlich gespannt. Verschärft wurde sie durch eine in Form eines Trauertages für Südtirol veranstaltete Demonstration des reaktionären „Andreas-Hofer-Bundes", bei der ein Universitätsprofessor und verschiedene andere Vertreter des Bundes aufreizende Reden hielten. Zu der Nachricht, daß Tirol Anschluß an das Reich gesucht habe, bemerken die reaktionären „Innsbrucker Nachrichten", es habe sich nur um eine Abordnung gehandelt, welche wegen Belieferung mit Kartoffeln verhandelt hätte. Die Volks- und Bürgerschullehrer von Innsbruck und Umgegend werden Donnerstag früh in den Streik treten, ihnen folgen in den nächsten Tagen die Lehrer von ganz Südtirol.

Das Tuch der Schutzpolizei.

Aus Köln wird uns berichtet: Gestern begann vor der dritten Strafkammer in Köln ein Prozeß, der in weitesten Kreisen Aufsehen erregen dürfte. Er betrifft die Ausstattung der preußischen Sicherheitspolizei mit Kleidungsstücken. Die Beschaffungsstelle des Ministeriums des Innern hatte, da in Deutschland das notwendige Tuch nicht zu beschaffen war, 750 000 Meter englisches Militärtuch in zwei Lieferungen durch Vermittlung einer in Köln ansässigen englischen Firma zum Preise von 250 bzw. 210 M. das Meter bezogen. Die deutsche Tuchindustrie fühlte sich umgangen und erreichte durch Anfrage im Reichstage, in den Landesversammlungen und durch Pressemeldungen die Untersuchung der Angelegenheit. Diese Untersuchung förderte im Verein mit einem Steuerverfahren

außerordentlich hohe Zwischengewinne

einer großen Anzahl von Personen mit Firmen, die beim Zustandekommen des Geschäfts mitgewirkt hatten, zutage. Der Staatsanwalt schritt gegen 17 Personen wegen Preiswucher, Provisionswucher und Kettenhandel ein. Die Gewinne einer einzigen Gruppe der Beteiligten wurden auf 45 Millionen M. berechnet. Dazu kommt für ein Mitglied dieser Gruppe noch eine Provision von 1¼ Millionen Mark. Der Gewinn des beteiligten Berliner Bankhauses, dessen Inhaber verstorben ist, wird auf 12 Millionen Mark geschätzt, während die von einem Angeklagten geleitete Aktiengesellschaft für Handel und Verkehr etwa 1¾ Millionen Mark Gewinn erzielte. Die Erben des Bankiers wegen wegen Rückgabe des Gewinns in Anspruch genommen. Die Gewinne der übrigen Beteiligten machen zusammen etwa 4 Millionen Mark aus. Ein wesentlicher Teil dieser Summe ist Valutagewinn, der den Zwischenhändlern zugute kommen konnte, weil das Ministerium in deutschem Gelde kaufte, während der englische Lieferant in englischem Gelde verkaufte. Bei der zweiten Lieferung hat ein Zwischenhändler seine Rechte an das Ministerium abgegeben, wodurch dieses

40 Millionen Mark ersparen konnte.

Der nach dem Gesetz als übermäßig bezeichnete Gewinn beträgt 13 Millionen Mark, worin die Einnahmen des Berliner Bankhauses noch nicht einbegriffen sind. Die Anklage lautet bei einzelnen Beteiligten auch noch auf Kapitalflucht. Für die Verhandlung sind zwei Wochen vorgesehen. Unter den Zeugen erschienen u. a. der ehemalige Staatsminister Severing, Staatssekretär Freund und hohe Ministerialbeamte.

Ein Philosoph.

Die deutschen Universitätsprofessoren wundern sich gern, daß man sie nicht als die berufenen Führer der Nation anerkennen will. Sind sie doch die Hüter des Kulturschatzes, die Bewahrer der Ideale, die Kenner der Volksseele, und der Volksbedürfnisse! — Da ist es interessant, das Verhältnis so eines Geheimsiegelbewahrers alles Geistigen zu dem Volk und dem Volksleben kennen zu lernen.

Der Philosoph, Aesthete, Erkenntnistheoretiker, Professor der Pädagogik, Verfasser von Schriften über Volkserziehung, Religion und die Schule Johannes Volkelt beendet seine autobiographische Studie in dem Buch „Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen" (herausgegeben von Dr. Raymund Schmidt), das sehr lehrreich ist, weil die meisten darin vertretenen Philosophen sich unbewußt selbst aburteilen, mit einem Ausblick in die Zukunft und schreibt da wörtlich: „Wer heutigen Tages an die Zukunft der Philosophie denkt, kommt mit seinen Gedanken an einer schweren Gefahr nicht vorüber, die dem gesamten Kulturleben droht: ich meine die zunehmende Proletarisierung der Kultur." „Was Herder und Goethe, Schiller und Humboldt, Kant und Fichte, Hegel und Schleiermacher an Bildung und Menschentum erarbeitet haben, gilt vom Standpunkte des parteimäßigen Proletariats als Erwerb egoistisch-bürgerlicher Denkweise."

Daß es jetzt wirkliche Hochschulen gibt, daß die Volksbühnen jetzt bald nahezu die einzigen Bühnen sind, die Werke von hohem Wert aufführen, das weiß der Aesthete und Pädagoge nicht. Darum schreibt er: „Weit entfernt, daß die Arbeiterführer ihre Genossen in die veredelnden und tiefen Gedanken der führenden großen Deutschen über sittliche, staatliche und religiöse Fragen einzuführen die Absicht hätten: wird diese Welt vielmehr entweder von den Arbeitern ferngehalten oder unter parteipolitischer Auslese und Verzerrung an sie herangebracht." Er weiß auch nichts von den sich ewig wiederholenden Fälschungen der bisherigen Wissenschaften und wagt darum den Satz: „Selbst vor der Sünde wider den heiligen Geist der Wahrheitsforschung schreckt man nicht zurück: auch die Wissenschaft soll nach sozialistischem Kriterium zurechtgemacht und bewertet werden." Das genügt wohl, um den Herrn Professor zu erkennen. Mit rührender Naivität vernachlässigt dieser Vertreter der Philosophie bei seinen Urteilen das Grundprinzip jeder wissenschaftlichen Diskussion, daß man zuerst die Lehre des Gegners kennen lernen müsse, sich in ihn hineinzufühlen habe, um dann an das Geschäft des Widerlegens zu gehen. Er wundert sich, daß seine Schrift „Kunst und Volkserziehung" fast nur in der konservativen und katholischen Presse Zustimmung erweckte, von den liberalen Zeitungen und Zeitschriften dagegen totgeschwiegen wurde." Dabei erklärt er, daß er darin unerbittlich Kulturerscheinungen gebrandmarkt habe, in denen „niedrige Denkungsweise, sittliche Verkommenheit, herausfordernde Schamlosigkeit, anarchische Zuchtlosigkeit zum Ausdruck" gekommen sind, wozu ihm „moderne Literatur und Kunst übergenug Gelegenheit" geboten hätten.

Kann man besser die Berufung zur Leitung der Nation erweisen.

M. Ch.

Große Volksoper: „Siegfried." Die „Große Volksoper" hat unter anderem für die „Neue Welt" eine Reihe von Opernvorstellungen zu billigen Preisen in Angriff genommen, wovon der „Siegfried" als wohlgelungen bezeichnet werden kann. Diese populäre Vorstellung, die trotz eines sehr berechtigten Striches ihre fünf Stunden dauerte, fand ein Publikum, das den letzten Platz besetzt hielt und mit inbrünstiger Art sich in diese schwere Gedanken- und Gefühlswelt versetzte. Die durch die primitive Bühne bedingte primitive Ausstattung, die Ludwig Hörth immerhin zu hohem Ruhme gereicht, war nur in der Szene des Waldwebens und des Wiedererwachens der Brünhilde ziemlich prosaisch und dürftig, sonst aber durchaus genügend. Die sehr gute Darstellung, die Gewalt der genialen Musik half absolut darüber hinweg. Ja, man kann sagen, manches Unzulängliche, wie der „Wurm", der meist doch nur unfreiwilliges Lächeln entlockt, wurde hier zu seinem Vorteil hinter die Bühne verlegt.

Gustav Brecher mit seinem ausgewählten, sehr guten Orchester war ein erstklassiger Interpret der herrlichen Partitur, wenngleich die ersten Szenen auch bei ihm nach verdecktem Orchester schrien. Oskar Bolz ist einer der vortrefflichsten Siegfrieds, die wir je besessen haben, mag ihn auch der eine oder andere an Stimmmitteln überragen. Nächst ihm kommt Ottilie Metzger-Lattermann als Erda, eine Sängerin, die vielleicht in der Gesangskultur nicht die allerhöchste Stufe erklommen hat, aber einen wunderbaren Reiz der Stimme ausströmt und alles Gesungene vollinhaltlich erfaßt. Waldemar Henke war ein ausgezeichneter Mime, dem sich Eduard Kandl als Alberich beigesellte, der Fasner von Wolfgang v. Schwindt höchst eindrucksvoll. Melanie Kurth ist natürlich immer die Hochdramatische, die in der Partie der Brünhilde weniger das Lyrische als die großen Höhepunkte im Auge hat und dann auch restlos beherrscht. Die Stimme des Waldvogels (Lotte Baldamus) ist zwar taufrisch, muß aber noch ihre Flattrigkeit verlieren, die der Natürlichkeit des Tones Eintrag tut. Franz Reisinger war ein tüchtiger Wotan.

h. m.

Der Wissenschaftler hinter der Theke. Ein kleiner Kaufmann in einem Dorf und zugleich ein berühmter Geologe und Prähistoriker ist Benjamin Harrison gewesen, der dieser Tage im Alter von 84 Jahren zu Ightham (England) starb. Er erbte die kleine Kolonialwarenhandlung, die er sein ganzes Leben lang betrieben hat, und widmete sich in Mußestunden der Sammlung und Untersuchung von Feuersteinen und Fossilien, die er in den Kalkhügeln von Kent fand. Seine Sammlung von Feuersteinwerkzeugen umfaßte schließlich 6000 Stück, und der berühmte englische Geologe Aveburg hat behauptet, daß Harrisons Sammlung die ältesten aller Feuersteinwerkzeuge, die wenigstens 200 000 Jahre zurückreichen, enthalte. Sein Name wurde allmählich so berühmt, daß Geologen aus aller Welt zu ihm kamen, um ihn zu fragen.

Wo lag Atlantis? Das platonische Märchenland Atlantis, dem zweifellos uralte Vorstellungen von einem früher vorhandenen Erdteil zugrunde liegen, hat die Wissenschaft viel beschäftigt. In neuester Zeit neigt man immer mehr zu der Ansicht, daß dieses Festland „Atlantis" sich während der Silurzeit, der zweitältesten Schicht des geologischen Altertums, im nördlichsten Teile des Atlantischen Ozeans befand. Wie in den „Naturwissenschaften" ausgeführt wird, wird diese Anschauung bestätigt durch die Forschungen des dänischen Geologen Lauge Koch, der auf der zweiten Thule-Expedition die nördlichsten Teile Grönlands genau studiert hat. Seine Beobachtungen bestätigen die Annahme, daß das Emportauchen dieses Atlantis-Kontinentes die Auffaltung des kaledonischen Gebirges in den Britischen Inseln und Norwegens zur Folge hatte. Dafür sprechen gemeinsame Züge in dem Gebirgsbau von Nordwesteuropa mit dem der Bäreninsel, Spitzbergens, Nordgrönlands und des benachbarten arktischen Amerika. Koch stellt nun fest, daß Reste jenes kaledonischen Gebirges auch an der Nordküste Grönlands und der Ostküste des westlich vorgelagerten Grinnellandes vorhanden sind. Demnach stellte das kaledonische Gebirge eine gewaltige Gebirgskette dar, die sich in vorgeschichtlicher Zeit in großem Bogen um den Nordatlantischen Ozean herumschlang und diesen von dem Nordpolmeer abschloß. Auch heute noch scheidet eine von Nordskandinavien über die Bäreninsel und Spitzbergen nach der Nordostecke von Grönland ziehende unterseeische Bodenschwelle, die über 1000 Meter hinausgehenden Tiefen des Atlantischen Ozeans von denen des Nordpolarmeeres. An dieser Stelle hat sich also einst jenes sagenhafte Festland „Atlantis" erhoben.

Das erste Opfer des Massentheaters. Agnes Straub, die schnell zu den größten Leistungen herangereifte Schauspielerin, hat ihren Kontrakt mit den Holländerbühnen gekündigt. Die Direktion hat Entscheidung vor dem Bühnenschiedsgericht beantragt. Frau Straub glaubt, es nicht länger verantworten zu können, ihr Organ den großen Strapazen des Großen Schauspielhauses auszusetzen. Die Direktion will diesen Grund nicht anerkennen. Man wird also Zeugen und Sachverständige vernehmen müssen, um festzustellen, daß dieser Riesenbau übermäßige Ansprüche an die Lungenkraft der Darsteller stellt. Die Zuschauer und die — Dichter können leider durch keine Feststellungsklage erwirken, daß ihnen ihr Recht wird.

Im Lessing-Museum spricht 13. d. M., ½8 Uhr, Dr. Ilse Reicke über: „Der Berliner Salon in zwei Jahrhunderten".

In der Polytechnischen Gesellschaft findet Donnerstag 8 Uhr im Meistersaal-Gebäude (Köthener Straße 38) eine Aussprache über die Oppauer Explosionskatastrophe statt. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Russisches Theater. Elena Polewitzkaja und S. Kusnetzow spielen Sonntag nachm. ½3 Uhr im Deutschen Theater in Scheldons „Roman".

Bei Paul Cassirer wird die diesjährige Ausstellungsreihe am 12. mit einer Sonder-Ausstellung von Georg Kolbe eröffnet. Gleichzeitig werden neuere Arbeiten von Kurt Herrmann gezeigt.

Bei Ausgrabungen in Ephesus (Kleinasien) wurden bedeutende Teile des Evangelisten St. Johannes freigelegt, besonders die Krypta, die als das Grab dieses Apostels betrachtet wird.

Reichsarbeitsminister und Lohnpolitik.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

In einem Aufsatze: „Lohnpolitik und Brotpreiserhöhung" wendet sich „Der Arbeitgeber" vom 15. August 1921 gegen die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums, wie sie unter anderem auch aus der Broschüre des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns „Lohnpolitik" sich deutlich ergibt.

„Der Arbeitgeber" hat besonders zweierlei auszusetzen, erstens, daß der Staat in seiner Einmischung in die Lohnpolitik zu weit gehe, besonders daß er sich, was nicht ohne kleine Fälschung, aber dafür immer wiederholt behauptet wird, als Faktor der Lohnbewegung gleichberechtigt neben Arbeitgeber und Arbeitnehmer stelle. Dem „Arbeitgeber" müßte aus der Theorie und Praxis bekannt sein, daß der Staat heute keinen gleichberechtigten Partner bilden, sondern nur ein ehrlicher Mittler sein will. Darum sorgt er für unparteiisches Material als Grundlage der Verhandlungen und ist auf Wunsch der Parteien gern als Unparteiischer zur Hand, wenn die Parteien sich nicht untereinander einigen können. Darum schuf er eine Teuerungsstatistik und arbeitet an einer Lohnstatistik. Nur wo freie Vereinbarungen nicht zustande kommen, da wird sich der Staat das Recht nicht nehmen lassen können, zur Stelle zu sein — und keine der Parteien wird behaupten können, daß sie den Staat in Notfällen nicht gern zu Hilfe gerufen haben.

Peinlicher noch ist dem „Arbeitgeber"-Organ die zentrale Regelung der Lohnfrage auf Grund der sich vermehrenden Reichstarife. Die Arbeitgeber halten demgegenüber „fachlich-örtliche" Lohnfestsetzungen für richtiger. Nicht der Staat, wie der Aufsatz behauptet, hat durch Bevormundung diese zentralen Tarife begünstigt, sie sind organisch gewachsen und, was auch die jüngeren Vertreter der Arbeitgeber noch wissen müßten, nicht zuletzt unter Zustimmung oder gar auf Wunsch der Unternehmer zur Ausschaltung unlauterer Konkurrenz. Heute aber will „Der Arbeitgeber" durch Einführung der fachlich-örtlichen Tarife eine den gewerblichen Frieden fördernde Politik rückwärts revidieren und damit das ganze Tarifwesen und die ganze Gewerkschaftsarbeit illusorisch machen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 11. Oktober. (WTB.) Das Wiesbadener Abkommen ist gestern von der französischen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden. Die Kommission wird unverzüglich mit der Prüfung beginnen. Sie dürfte ihre Ansicht schon im Laufe der nächsten Woche bekanntgeben.

London, 11. Oktober. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" nennt das Wiesbadener Abkommen bei weitem die wichtigste Maßnahme seit dem Versailler Friedensvertrage. Es bestehe alle Aussicht darauf, daß die Reparationskommission das Abkommen schließlich genehmigen werde. Die Lage sei einfach die, daß Deutschland nicht in bar zahlen könne. Frankreich habe daher mit Deutschland vereinbart, daß es in Waren zahlen solle. Deutschland bezahle in Waren nicht an die Alliierten allgemein, sondern nur an Frankreich. Die Solidarität der Alliancen, die die Erfüllung des Friedensvertrags fordere, sei aufgegeben. Der Versailler Vertrag sei gerichtet. Frankreich handle außerhalb des Obersten Rats, außerhalb der Reparationskommission. Die Reparationskommission müsse ihr eigenes Todesurteil genehmigen. Jedermann wisse jetzt, daß die Bemühungen Deutschlands, das Geld aufzubringen, um die Alliierten in annehmbaren ausländischen Werten zu bezahlen, die mit deutscher Mark angekauft werden müßten, verhängnisvoll waren. Die Mark fiel und mit der Mark der Frank. Allgemein werde eingesehen, daß diese Zahlungen unmöglich fortdauern können. Die anderen Alliierten, insbesondere England, können deutsche Waren nicht annehmen. **Für England sei es besser, die hoffnungslose Schuldeneintreibung aufzugeben zugunsten einer Politik der Wiederherstellung des Handels in Europa.** Das Londoner Abkommen verschwinde nach und nach. Die gesamte europäische Politik werde jetzt in neue Bahnen geleitet. Das Wiesbadener Abkommen bedeute, daß das Londoner Abkommen preisgegeben werde und daß England nach sieben Jahren keine weiteren deutschen Zahlungen erwarten könne. Englands verwüsteten Gebiete seien die verlorenen ausländischen Märkte.

Saardelegation und Völkerbund.

Genf, 10. Oktober. Die Denkschrift der saarländischen Abordnung ist nun endlich vom Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Herrn Raoult, dem sie zunächst zugestellt werden mußte, an das Völkerbundsekretariat gesandt worden, das sie nunmehr an die Mitglieder des Rates verteilt. Raoult hat der Denkschrift einen eigenen Bericht beigelegt, in dem, wie man erfährt, versucht wird, die Darlegungen der Saarländer zu entkräften. Gleichzeitig werden von Paris aus irreführende Meldungen über die Stimmung der Saarbevölkerung verbreitet. Das lange Zögern der Regierungskommission, die mehr als 8 Tage für die Uebermittelung brauchte, erklärt sich zunächst daraus, daß Gegenmaterial hergestellt werden mußte. Andererseits aber ist es bezeichnend, daß die offizielle Uebermittelung erst nach der Abreise der saarländischen Abordnung und kurz vor dem Auseinandergehen des Völkerbundrates erfolgte.

Genf, 10. Oktober. (WTB.) Entgegen der von der französischen Presse und der Havas-Agentur auch im Ausland verbreiteten Behauptung, daß die saarländische Abordnung beim Völkerbund sich nur aus einer Gruppe, aus Arbeitgebern, zusammengesetzt habe, und daß die saarländische Arbeiterschaft sich dem Protest gegen die weitere Einführung der Frankenwährung widersetzte, muß nachdrücklich festgestellt werden, daß die Abordnung sich aus Vertretern des Handels, der Industrie und einer Anzahl Arbeitervertretern zusammensetzte. An der Abordnung nahmen teil als Vertreter der Arbeiterschaft Arbeitersekretär Ehrhardt für die freien Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Karl Hildenbrand für die christlichen Gewerkschaften und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Parteisekretär Valentin Schäfer. Außerdem waren das Kleingewerbe und das Handwerk durch Generalsekretär Wilhelm Spelzer vertreten. Daß die Abordnung tatsächlich berechtigt war, im Namen der saarländischen Bevölkerung zu sprechen, beweist auch die Tatsache, daß in ihr sämtliche großen Parteien des Saargebiets vertreten waren. Der in Genf verbliebene Geschäftsführer der saarländischen Abordnung, Dr. Jakob, begab sich heute auf das Völkerbundsekretariat, um entgegen gewissen von französischer Seite verbreiteten Meldungen Mitteilung über die wahre Stimmung im Saarlande und über die Zusammensetzung der saarländischen Abordnung zu machen.

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages beendet am Sonnabend die zweite Lesung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz für die Beamten. Es soll noch eine dritte Lesung stattfinden, voraussichtlich in der Pause zwischen dem 22. Oktober und 2. November. Inzwischen soll der Unterausschuß die noch zurückgestellte Materie beraten.

Groß-Berlin

Schreckschüsse für Wähler.

Um bei den Stadtverordnetenwahlen den bürgerlichen Parteien die Hasen in die Küche zu jagen, verbreitet die bürgerliche Presse alle möglichen und unmöglichen Alarmnachrichten. Das Neueste ist die Meldung, daß der Magistrat beabsichtige, die bisher auf 200 M. bemessene Hundesteuer auf 500 M. zu erhöhen. Mit solchen Schreckschüssen hofft man die Wähler einzuschüchtern! Ullsteins „Morgenpost" bemerkt dazu, vor dem Kriege habe die Hundesteuer für Berlin 10 M. betragen. Die „Vossische Zeitung", die in demselben Ullstein-Verlag erscheint, erzählt sogar, nur 4 M. Hundesteuer habe man vor dem Kriege in Berlin gezahlt. Diese Angaben können keine Druckfehler sein, denn beide Blätter machen sie nicht in Ziffern, sondern sogar in Worten: „zehn Mark" bzw. „vier Mark". Zum Ueberfluß hängt die „Voss. Ztg." die Berechnung an: „Die Steuererhöhung würde demnach mehr als das Hundertfache betragen." Wer schon längere Zeit einen Hund hat, weiß, daß die Hundesteuer in der Stadt Berlin bisherigen Umfanges vor dem Kriege nicht 4 M. und auch nicht 10 M., sondern seit 1. April 1911 bereits 30 M. betragen hat. Aber neuere Hundebesitzer werden vielleicht, sagen sich die solche Nachrichten verbreitenden Blätter,

auf den Schwindel hineinfallen,

weil nicht jeder die früheren Hundesteuersätze Berlins kennt. Und dann sollen, so erwartet man's, die erschreckenen Hundebesitzer gegen die bösen Sozialisten stimmen, die an allem Unglück schuld sind! 4 M. hat die Hundesteuer im bisherigen Berlin niemals betragen; selbst bei ihrer Einführung vom 1. Januar 1830 ab wurde sie sogleich auf 3 Taler (gleich 9 M.) festgesetzt. Man sieht, wie die Bürgerlichen darauf los schwindeln, um bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern.

Bürgerliche Mißwirtschaft.

Er wünscht keine „Beeinflussung der Wähler".

Wir hatten in Nr. 467 des „Vorwärts" die Mißwirtschaft im Verwaltungsbezirk 9 (Wilmersdorf) geschildert. Nun ist unserem Genossen Kempfer, der diese Vorgänge in der Bezirksversammlung zur Sprache gebracht hatte, von dem Bürgermeister Augustin ein Schreiben zugegangen, in dem er ersucht, „mit Rücksicht auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl" und auch „weil das vorgetragene Material sehr wohl geeinget erscheint, die ihr Wahlrecht ausübenden Bürger des Bezirks nach dieser oder jener Richtung zu beeinflussen", ihm das vorgetragene Material zu überlassen. Genosse Kempfer hat sich in seiner Antwort an den Bürgermeister die in dieser Begründung liegende Kritik seiner Tätigkeit als Bezirksverordneter auf das entschiedenste verbeten und erklärt, daß er bereit sei, einem im Interesse der Allgemeinheit einzusetzenden Untersuchungsausschuß, dem auch Bzirksverordnete angehören, zwecks gemeinsamer, sachgemäßer Nachprüfung seiner Angaben sein Material zu unterbreiten.

Es scheint also, daß den Bürgermeister die Sorge plagt, daß mit der Ueberschreitung der Umbaukosten von vier auf über 12 Millionen Mark bei den heutigen Finanznöten Berlins des Guten zu viel getan wurde. Nein, seine Sorge ist offenbar, daß durch Bekanntwerden dieser Zahlen die Wähler doch ein wenig nachdenklich werden könnten über die Art des Wiederaufbaus, die zur Gesundung des Wirtschaftslebens unter Leitung bürgerlicher „Fachleute" führen soll. Allen Wohnungssuchenden und all denen, die wissen wollen, was die rechtsstehenden Parteien unter Sparsamkeit verstehen, empfehlen wir dringend eine Besichtigung der Magistratsräume des neuen Stadthauses in der Kaiserallee 1 bis 12. Wer sich dann noch von den bürgerlichen Parteien etwas von sozialistischer Mißwirtschaft und von der Förderung der Ertragfähigkeit unserer Wirtschaft unter bürgerlicher Führung vorschwatzen läßt, der verdient politisch entmündigt zu werden.

Die Sabotagetaktik der Rechten.

Am Montagabend tagte im Bürgersaal des Rathauses die Bezirksversammlung Berlin-Mitte. Auf der Tagesordnung standen 9 Punkte. Bei Beginn der Sitzung legte der Sprecher der bürgerlichen Rechte Einspruch gegen die Tagung ein, da die Einladungen einen Tag zu spät in die Hände der Mitglieder gelangt seien. Die Versammlung ging über diesen Einspruch zur Tagesordnung über. Darauf wurde dann von der rechten Seite beim dritten Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung verlangt, nachdem die Mitglieder der Rechten fast vollständig den Saal verlassen hatten. Der Vorsitzende der Versammlung mußte die Beschlußunfähigkeit feststellen und die Versammlung schließen. In Berlin-Mitte hatte bisher die linke Seite nur eine Stimme mehr als die Rechte, die sogenannte Schnupfenmehrheit. Deshalb wird die Neuwahl gerade in Berlin-Mitte sehr heiß werden, denn es gilt, den letzten Wähler an die Urne zu bringen. Von bürgerlicher Seite wird es an Anstrengungen nicht fehlen. Die Arbeiterschaft hat die besondere Pflicht, auch ihrerseits alles aufzubieten, um den Wahlkreis nicht zu verlieren.

Waggonmangel die Ursache der Kartoffelknappheit?

Von unterrichteter Seite wird uns zu unseren gestrigen Ausführungen über die Kartoffelknappheit folgendes mitgeteilt: „Es widerspricht den Tatsachen, daß die Gemeinden und Händler keine Winterkartoffeln aufspeichern können. Lediglich ist es eine Frage der Waggon-Gestellung. Die Eisenbahnverwaltung ist schon seit vielen Wochen nicht in der Lage, auch nur annähernd den Bedarf an Waggons zum Abtransport der Kartoffeln zu stellen. Die Ernte ist allerdings in einigen Gegenden Deutschlands gering, dafür aber in anderen recht gut. Der Handel benutzt schon zur Verladung offene Wagen, womit für ihn ein großes Risiko verbunden ist. Aber seit etwa 8 Tagen werden auch nur offene Wagen in ganz geringer Zahl gestellt."

Was sagt die Eisenbahnverwaltung dazu?

Soolbäder im Norden Berlins.

Im Weichbild Alt-Berlins sind in früheren Zeiten mehrfach Moor- und Soolquellen erbohrt worden, die man aber zum größten Teil nicht ausgenutzt hat. In der Nähe Berlins, im Osten, hat das Moorbad Saarow-Pieskow in den letzten Jahren einen starken Aufschwung genommen. Die erhebliche Verteuerung der Eisenbahnfahrten macht es den Leidenden immer schwerer, ein Heilbad aufzusuchen. Um so erfreulicher ist die Nachricht, daß jetzt im Norden Groß-Berlins eine schon vor einigen Jahren festgestellte starke Soolquelle erneut wissenschaftlich geprüft und begutachtet worden ist. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist die Feststellung, daß die Soolquelle alle Voraussetzungen für ein heilkräftiges Soolbad erfüllt. Die Soolquelle wurde in Hermsdorf an der Nordbahn erbohrt, ohne daß damals der Versuch der Ausbeutung gemacht wurde. Nach ihrer Wiedereröffnung hat die Landesanstalt für Wasserhygiene in Dahlem das Soolwasser der Quelle mit einem für Soolbäder außerordentlich günstigen Ergebnis geprüft. Auch die sachärztliche Untersuchung hat ein erfolgversprechendes Ergebnis. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin selbst ein kräftiges und infolge der großen Nähe billiges Soolbad ins Leben gerufen würde.

Die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks 7 (Charlottenburg) wählte den bisherigen Vorstand wieder. Auch die bisherigen Ausschüsse wurden beibehalten. Ein Antrag, der die kostenlose Hergabe der Schulaulen an die politischen Parteien für Versammlungen während der jetzigen Wahlbewegung verlangte, wurde einstimmig angenommen. Einigen kleineren Bauvorlagen und der Erhöhung der Mittel zur Besoldung von städtischen Krankenpflegerinnen um 10 258 M. wurde zugestimmt. Um weitere Notstandsarbeiten vornehmen zu können, wurde einstimmig beschlossen, an Berlin den Antrag auf Bewilligung von 6 000 000 M. zur weiteren Aufschließung der Jungfernheide als Volkspark zu stellen. Es sollen hier große Kindererholungsplätze, Sportplätze und eine große Badeanstalt errichtet werden. Für weitere Notstandsarbeiten sollen 1 500 000 M. beantragt werden, um auf dem Grundstück der Osteuerwache in der Rankestraße Wohn- und Bureauräume zu schaffen. Die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge sind um 2 838 706,34 M. überschritten worden. Der Antrag, diese Summe von Berlin anzufordern, wird einstimmig angenommen. Das Bezirksamt beantragte, eine Summe von 12 000 Mark für die Errichtung von Gedenktafeln für 239 gefallene städtische Beamte, Angestellte und Arbeiter zu bewilligen. Dieser Antrag wurde mit einer ganz geringen Mehrheit gegen die Stimmen der SPD. und USPD. angenommen. Eine Vorlage, betreffend die Einrichtung einer Klageaufnahmestelle und Abhaltung von Gerichtstagen in Charlottenburg für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wurde einstimmig angenommen.

Ferner hatte das Bezirksamt den Antrag gestellt, 40 000 M. zu den Kosten der Errichtung einer Studentenspeiseanstalt auf dem Gelände der Technischen Hochschule zu bewilligen. Von unserer Fraktion wurde Ausschußberatung beantragt, die von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Die Fraktion der USP. verließ darauf den Saal und der zurückgebliebene Dr. Hertz bezweifelte die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Die Auszählung ergab jedoch die Beschlußfähigkeit und die 40 000 M. wurden von den Rechtsparteien einschließlich der Demokraten bewilligt. Es wurden außerdem noch 16 600 M. zur Gewährung von Freistellen an der höheren Waldschule, 35 000 M. zur Erneuerung von Schulbänken im Schillerrealgymnasium und 23 000 M. zur Ausstattung der Realschule 3 mit Unterrichtsmitteln gegen die Stimmen der USPD. bewilligt. In nichtöffentlicher Sitzung wurde noch dem Verkauf eines Grundstückes, der Anstellung von Beamten, der Festsetzung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit von Beamten und der Wahl von Ehrenbeamten zugestimmt.

„Siedlung und Kleingarten", unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Personenstandsaufnahme. Die nach § 16 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz durch die Gemeindebehörde alljährlich vorzunehmende Personenstandsaufnahme erfolgt für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin gemäß Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen nach dem Stande vom 20. Oktober d. J. Zu diesem Zwecke werden durch Beauftragte der Bezirksämter sämtlichen Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderlichen Vordrucke vorher zugestellt. Die Abholung der ausgefüllten Vordrucke erfolgt ebenfalls durch Beauftragte der Bezirksämter vom 22. Oktober d. J. ab. Die Eintragung in die Listen erfolgt auf Grund gesetzlicher Verpflichtung.

Die neue „Partei Knüppel-Kunze", die sich „Deutschsoziale Partei" nennt und im Antisemitismus den Deutschnationalen noch „über" ist, beteiligt sich an den Stadtverordnetenwahlen schon mit einer eigenen Kandidatenliste. Deutschnationale und Kommunisten haben wohl die Stadtverordnetenversammlung noch nicht ausreichend mit Radaubrüdern versorgt?

Chinesische Spende für Oppau. Eine Anzahl chinesischer Studenten in Berlin und Charlottenburg hat dem Generalsekretär des Verbandes für den fernen Osten, Dr. Linde, den Betrag von 15 250 M. zugunsten der Hinterbliebenen und Geschädigten von Oppau übergeben.

Fortsetzung des Reklamefahrscheinunfugs. Die Nachricht, daß die Ausgabe jener Reklamefahrscheine der Straßenbahn, auf welche die Straßenjugend Jagd machte, ganz eingestellt sei, bestätigt sich nicht. An die Stelle der Schuhputzreklame ist das Preisrätsel getreten, zu dessen Lösung man einer größeren Anzahl von Fahrscheinen bedarf. Anscheinend sollen erst die Millionen vorhandener Fahrscheine dieser Art verausgabt und nur neue nicht mehr gedruckt werden.

Die Kriegshinterbliebenenfürsorge im Kreis Tiergarten hat das Bezirksamt als erstes von der Hauptfürsorgestelle übernommen. Die Bureaus sind vorläufig untergebracht in der ehemaligen Bolleschen Meierei, Alt-Moabit 98, im 3. Stockwerk. Es ist beabsichtigt, auch alsbald die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu übernehmen, doch bereitet dabei die Raumfrage große Schwierigkeiten. Die Fürsorgestellen in der Brücken-Allee, Stefanstraße und Wichmann Straße werden voraussichtlich zu einer Stelle vereinigt und ebenfalls nach Alt-Moabit 98 gelegt, während die Fürsorgestelle in der Dennewitzstraße bestehen bleibt und entsprechend den noch zu übernehmenden Aufgaben vergrößert wird. Dezernent für die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge ist für den Wahlkreis Tiergarten der Genosse Stadtrat Schuldt.

Eine Maschinenausstellung für die Brauerei und die gesamte Getränkeindustrie auf dem Ausstellungsgelände des Instituts für Gärungsgewerbe in Berlin, Seestraße, wurde namens der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin und der mitbeteiligten Verbände der Maschinenindustrie, des Kellereimaschinenverbandes und des Verbandes deutscher Maschinenfabrikanten für die Brauindustrie in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden eröffnet. Gezeigt wurden u. a. Sudhaus- und Mälzereieinrichtungen in Modell und Zeichnungen; Faß- und Flaschenkellereieinrichtungen, Mineralwassermaschinen und Maschinen für die Wein- und Sektkellerei und anderes mehr werden im Betriebe vorgeführt. Die Ausstellung ist bis zum 16. Oktober geöffnet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, vielfach heiter, vorübergehend stärker bewölkt, bei größtenteils schwachen, veränderlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 12. Oktober:

19. Abt. (Fr. 44.). 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Gotenburger Straße, Graue Schule, 2. Eingang. Die Bezirksführer holen sich von Gaßmann die Flugblätter nebst Stimmzetteln und bringen dieselben mit.

57. Abt. Charlottenburg 7½ Uhr Zahlabend im Restaurant Krummestraße 47; Gruppe 2 bei Prill, Knesebeckstr. 2.

Nowawes. 8 Uhr Restaurant Thalia, Lindenstraße Außerordentliche Generalversammlung. Bericht vom Parteitag. Referent: Gen. Zigner-Berlin. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Vor dem Ende des Holzarbeiterstreiks.

Nach zehnwöchiger Dauer des Streiks haben Verhandlungen der Parteien zu Vorschlägen geführt, die heute der Beschlußfassung einer Versammlung der Streikenden in der Neuen Welt unterliegen. Es sind wesentliche Lohnerhöhungen und Annahme des Manteltarifs bewilligt. Das Resultat der Abstimmung liegt bei **Redaktionsschluß noch nicht vor. Wir werden über das Ergebnis morgen berichten.**

Gewerkschaftsbewegung

Ist das Demokratisierung?

Wie man sich die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung im Reichsverkehrsministerium vorstellt, zeigt eine umfangreiche Zuschrift des Bezirksbetriebsrats der Eisenbahndirektion Berlin, die wir wegen des starken Materialandranges und des beschränkten Raumes nur im nachstehenden Auszug wiedergeben können:

Dem Hauptbetriebsrat wurde vor einigen Tagen vom Reichsverkehrsministerium der Entwurf zu einer sogenannten „Arbeitsordnung" vorgelegt, der eine einzige Verhöhnung der Arbeiterschaft ist. Der Bewerber um eine Stelle hat sich bei der Einstellung eines hochnotpeinlichen Verhörs durch die Dienststellenleiter zu unterziehen und auch über seine persönlichen Verhältnisse genaue Auskunft zu geben und nichts zu verschweigen. Jedes Verschweigen wird im Sinne des Tarifvertrags als wichtiger Entlassungsgrund betrachtet. Der Eingestellte hat natürlich auf jeden Fall ein Recht auf Arbeit und das Wohl der Reichseisenbahnverwaltung zu wahren. Doch ändert sich das Bild, sobald ein „Vorgesetzter" Anordnungen trifft, die selbst schädliche Folgen für die Verwaltung haben können. In diesem Falle darf er nur in angemessener Weise auf den Irrtum aufmerksam machen. Wird dann trotzdem der Auftrag wiederholt, so ist er zu vollziehen. Will ein Arbeiter wegen Beleidigung gegen einen Angehörigen der Reichseisenbahnverwaltung Privatklage erheben, so hat er nach dem Entwurf dem Dienstvorstand davon Kenntnis zu geben, daß dieser in geeigneten Fällen auf die außergerichtliche Beilegung der Sache hinwirken kann. Anfragen, Gesuche usw. sind nur auf dem Dienstwege anzubringen, beileibe nicht etwa dem Betriebsrat zu unterbreiten. Beschwerden sind natürlich ebenso zu behandeln. Will sich nun ein Arbeiter gegen den Dienstvorstand beschweren, so braucht er die Beschwerde nicht dem Dienstvorstand selbst zu unterbreiten, sondern er darf sie auch bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten anbringen. In den Personalpapieren eines Arbeiters ist nicht nur eine eventuell vorliegende Strafe zu vermerken, sondern es ist der gesamte Schriftwechsel beizufügen, damit bei einer nochmaligen Verfehlung die Strafe unter Berücksichtigung der Führung bemessen werden kann. Stirbt schließlich ein Arbeiter, so werden den Angehörigen die bei der Einstellung hinterlegten Papiere nur auf ihren Wunsch ausgehändigt.

Der Hauptbetriebsrat hat mit Unterstützung der Gewerkschaften dem Reichsverkehrsministerium ein energisches: Bis hierher und nicht weiter! entgegenzurufen. Auch das Parlament sollte einer solchen Brüskierung der Arbeitnehmer durch das Reichsverkehrsministerium nicht tatenlos zusehen. Die Forderung lautet: Hinweg mit diesem Entwurf! Hinweg mit allen denen, die sich der Demokratisierung entgegenstellen!

Kein Organisations-Freund.

Es gab eine Zeit — lang, lang ist's her —, da der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, Geheimrat Freund, der Sympathisierung mit der Arbeiterbewegung verdächtig war. Jetzt lehnt es Herr Geheimrat Freund ab, einer Besprechung im Reichsversicherungsamt am Mittwoch beizuwohnen, weil der Verband der Landesversicherungsbeamten es durchgesetzt hat, zu dieser Besprechung über einige Streitfragen, die sich im Laufe der Zeit zwischen den Beamten und dem Vorstande der Versicherungsanstalt herausgebildet haben, zugezogen zu werden. Der Herr Geheimrat will nur mit dem Beamtenausschuß verhandeln, dessen Mitglieder in einem gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Allgewaltigen stehen und die auch nicht derart gewerkschaftlich geschult sind, um die Sache der Beamten so zu vertreten, wie es von Herrn Freund unabhängige Organisationsvertreter tun können.

Das Reichsversicherungsamt versprach, einen gewissen moralischen Druck auf unseren Freund auszuüben, damit er zu der Verhandlung erscheine. In der Einladung zu dem Termin hat das Reichsversicherungsamt jedoch mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, den Vorstand zu einer Aenderung seiner Stellungnahme anzuhalten, falls der Vorstand der Landesversicherungsanstalt keinen Vertreter entsendet. Das hat Herr Geheimrat Freund ohnehin gewußt, weshalb diese moralische Einwirkung verfehlt erscheint. Bei dem autokratischen Standpunkt des Geheimrats erscheint allerdings eine dahingehende Einwirkung von vornherein als aussichtslos. Um so mehr aber zeigt diese Episode, daß es notwendig ist, alsbald zu einer gesetzlichen Regelung zu kommen, die den Landesversicherungsbeamten den Gebrauch und die Anerkennung ihres verfassungsmäßigen Koalitionsrechts zusichert und der Willkür solcher Freunde gewisse Schranken setzt.

Krankenkassenangestellte gegen Besoldungsordnung.

Eine im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der im Zentralverband der Angestellten organisierten Beschäftigten der Berliner Krankenkassen legte erneut Protest ein gegen die vom Oberpräsidenten und Versicherungsamt beabsichtigte Unterstellung unter die Besoldungsordnung. Nach einem Bericht des Kollegen Schmolinsky über die bisher geführten Verhandlungen kam es zu einer Aussprache, in welcher das lebhafte Bedauern darüber zum Ausdruck gelangte, daß nach fast dreivierteljährigen Bemühungen immer noch kein endgültiges Resultat erzielt ist. Besonderen Unwillen erregte die vom Oberversicherungsamt beliebte Auseinanderreißung der bisherigen Tarifgruppen, namentlich die Einreihung der im Außendienst beschäftigten Krankenbesucher. Aber auch die beabsichtigte Eingruppierung der anderen Angestellten kann nicht befriedigen. Auch der Hauptvorstand ist — wie Kollege Giebel erklärte — der Auffassung, daß die Berliner Kollegenschaft sich keine schematische Uebertragung der Gehaltssätze der Besoldungsordnung gefallen lassen dürfe, sondern das Selbstbestimmungsrecht behalten müsse. Eine entsprechende Entschließung fand einstimmige Annahme, wonach die Versammelten nach wie vor nur den Tarifvertrag vom 18. August 1920 als maßgebend anerkennen und die Sektionsleitung beauftragen, sofort mit dem Kassenverband auf der Grundlage des Tarifvertrages und der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen erneut in Verhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen müssen bis spätestens Donnerstag aufgenommen sein. Führen sie zu keinem befriedigenden Ergebnis, ist sofort der Schlichtungsausschuß anzurufen.

Zulagen für Zeitungsausträgerinnen.

Für die im Transportarbeiterverband organisierten Zeitungsausträgerinnen gelten die folgenden neuen Bedingungen, die bei allen Firmen ab 1. Oktober in Kraft treten. Sie gelten bis 31. Dezember 1921; sollte in wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eintreten, wird im Dezember über neue Entlohnungssätze verhandelt. Die Firmen Rudolf Mosse, A. Scherl, Ullstein Akt.-Ges. zahlen jetzt für 100 Exemplare und Monat bei einmaligem Austragen 100 M. (73,50 M.), bei zweimaligem Austragen 200 M. (147 M.). Die bereits gewährten Teuerungszulagen pro Monat 20 bis 22, 23 M. bleiben bestehen. Für das Sonntagsmorgenaustragen werden 8 M. extra pro Tour und Monat vergütet (bisher 6 M.).

In den Vorortstouren bleiben die Entfernungsgelder bestehen. Vom 15. September d. J. ab bis 15. März 1922 wird für den Verbrauch von Petroleum eine gesetzliche Entschädigung gewährt. Für die Austrägerinnen des Verlages „Freiheit" werden für zweimaliges Austragen 2,20 M. pro Exemplar gezahlt und 20 Pf. Kassiergeld und 8 M. Extraentschädigung für Sonntagsaustragen. Die Austrägerinnen der Zeitungszentrale (33.) Akt.-Ges. forderten 2,20 M. pro Exemplar, 30 M. Teuerungszulage und 8 M. Sonntagsentschädigung. Die wiederholten Verhandlungen des Betriebsrates mit der Direktion haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Forderungen sind hier etwas höher, da die 33.-Frauen für zirka 12 Verkaufsanstalten die verschiedensten Zeitungen sowie periodisch erscheinende Zeitschriften austragen müssen. Weitere Verhandlungen mit der Organisationsleitung schweben noch.

Lohnstreit im Mansfeldschen Bergbau.

Der vom Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß fällte in Halle a. d. S. einen Schiedsspruch, wonach die über 21 Jahre alten Arbeiter mit Wirkung vom 1. September eine Lohnzulage von 4,75 M. je Schicht erhalten.

Die vom 1. September 1921 ab bereits gezahlten Erhöhungen werden darauf angerechnet. Die sozialen Zulagen einschließlich der vom 1. September an gezahlten bleiben bestehen. Die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben hat den Schiedsspruch angenommen, die Arbeitnehmerorganisationen haben eine Erklärung noch nicht abgegeben.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Erklärung! Um den fortgesetzten Verdächtigungen und Verleumdungen gegen den Genossen Reinsch, Einhalt zu gebieten, stelle ich hiermit in aller Oeffentlichkeit fest, daß die letzte Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission sich mit der Angelegenheit der verkauften Bühnen des früheren „Volkshauses" beschäftigt hat und nach Anhörung des Sachverhaltes zu der Ueberzeugung kam, daß unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen der Genosse Reinsch nicht anders handeln konnte, als wie er es getan hat, und ihm folgedessen keine Schuld beizumessen ist. Die Versammlung ging dann kurzerhand über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über. Otto Flemming, Ohmann.

Transportarbeiter der Metallindustrie. In unserem Bericht über die Lohnbewegung ist irrtümlicherweise der 1. Januar als Termin für die Einführung der neuen Beiträge genannt worden. Wir stellen fest, daß sie bereits ab 1. November in Wirksamkeit treten.

Boykott über die Faßfabrik Brückner-Kulmbach. Die Filiale Kulmbach des Zentralverbandes der Böttcher, Weinküfer usw. führt seit fünf Monaten einen schweren Kampf gegen die Faßfabrik Brückner-Kulmbach. Genannte Firma verkürzte — um den Tariflohn zu umgehen — die Arbeitszeit und entließ einen Teil der Kollegen, darunter den Vorsitzenden des Betriebsrats und den unserer Zahlstelle in Kulmbach. Nunmehr gab es Arbeit in Hülle und Fülle, täglich Ueberstunden, und selbst in zwei Schichten wurde gearbeitet. Als dann die geforderte Wiedereinstellung der Gemaßregelten abgelehnt wurde, verweigerten die Kollegen die Ueberstunden, weshalb sie sämtlich entlassen wurden. Einigungsverhandlungen schlugen an dem Starrsinn des Syndikus der Arbeitgeber fehl. Streikbrecher halten den Betrieb aufrecht. Die Betriebsräte und alle anderen Kollegen in den Brauereien und Weinhandlungen usw. in Berlin und Brandenburg haben sämtliche eintreffenden neuen Fastagen einer scharfen Kontrolle zu unterziehen. Das Gefäß von der Faßfabrik Brückner-Kulmbach ist von Streikbrechern angefertigt und darf auf keinen Fall weiter verarbeitet werden. Etwaige Nachrichten erbittet der Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands, Berlin, Engelufer 24. Amt Moritzplatz 4907.

Der Aachener Straßenbahnerstreik ist nach mehrwöchiger Dauer durch Schiedsspruch beendet. Der München-Gladbacher Manteltarif wurde anerkannt.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen: Dienstag: Charlottenburg I, II und III: Kaiser-Friedrich-Loge, Kaiser-Friedrich-Str. 87, 7½ Uhr. — Lichterfelde-Zehlendorf, Hohenzollern, Hindenburgdamm 93a, 7½ Uhr. — Mittwoch: Norden II Lamperts Festsäle, Schönhauser Allee 129, 7½ Uhr. — Südost Grünauer Garten, Grünauer Str. 14, 7½ Uhr. Fachgruppenversammlung: Architekten, Nordischer Hof (Weißer Saal), Invalidenstr. 129, 7 Uhr. — Donnerstag: Südwest Gübels Bierstuben, Tempelhofer Ufer 6, 7½ Uhr. Lichtenberg Zur Hütte, Frankfurter Allee 236, 7½ Uhr. — Friedenau Hohenzollern-, Handjery-Straße, 7½ Uhr. — Norden I Oswald Berliner, Brunnenstr. 180, 7 Uhr. — Osten I Hochbahnrestaurant Stralauer Allee 46, 7½ Uhr. — Wilmersdorf Augustahof, Augustastr. 1, 7½ Uhr. Norden III Restaurant zum Hasendeck, Müller-Ecke Seestraße, 7½ Uhr. — Reinickendorf Restaurant Schulz, Wittenau am Bahnhof, 7½ Uhr. — Siemensstadt Schloßklause, Rennendamm-Allee, 7½ Uhr. — Tegel Restaurant Hamwieck, Hauptstr. 6, 7½ Uhr. — Versammlung des Berufsausschusses der Laboratoriumstechniker im Nordischen Hof (Blauer Saal), Invalidenstr. 129, 7 Uhr. — Bautechnikerversammlung in den Germania-Prachtsälen (Weißer Saal), Chausseestr. 110, 8 Uhr.

Wirtschaft

Orenstein & Koppel beabsichtigt eine Kapitalerhöhung um 60 Millionen Mark Stamm- und 8 Millionen Mark Vorzugsaktien. 30 Millionen Mark dieser Aktien sollen den alten Aktionären zum Kurse von 107½ angeboten werden. Da die Aktien dieses Unternehmens an der Börse zurzeit mit über 1100 notiert werden, ist die Kapitalserhöhung in Wirklichkeit eine Kapitalverwässerung, die den Aktionären viele hundert Prozent Sondergewinne einträgt. — Die Gesellschaft kann es sich leisten, die Aktien so zu verschleudern, weil sie einen besseren Geschäftsgang als im Vorjahr verzeichnet.

Durch günstige Ausnutzung der Konjunktur bei der Verwertung neuer Aktien hat das Stahlwerk Becker A.-G. in Willich sich die Möglichkeit geschaffen, 55 Millionen Mark Bankschulden abzutragen. Aus einer Kapitalaufnahme des Vorjahres hatte sie noch 10 Millionen Mark Aktien verfügbar, die sie jetzt bei den hochgetriebenen Kursen (um 700 Proz.) untergebracht und dadurch den obigen Gewinn erzielt hat. Das Beispiel zeigt wieder, daß die Aktiengesellschaften welche ihre neuen Aktien zu niedrigen Kursen ausgeben, auf Gewinnmöglichkeiten zugunsten der Aktionäre verzichten und absichtlich aber unnütz ihre Besitzrechte verschleudern.

Keine Lebensmittelverschiebungen ins Ausland. Das Reichsernährungsministerium erklärt die Besorgnisse, daß Getreide und Kartoffeln in großen Mengen ins Ausland verschoben werden, als unbegründet. Die Ausfuhr von Lebensmitteln ist streng überwacht, und die bisher gemeldeten Fälle von Ankäufen, die verfolgt wurden, haben nicht zu Verschiebungen geführt. Die Preiserhöhung für Getreide, die neuerdings beobachtet wird, erklärt sich nicht aus Aufkäufen für das Ausland, sondern aus dem Sturz der Valuta, den das Reichsernährungsministerium natürlich bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft trotz aller Warnungen nicht voraussehen wollte.

Die Verdoppelung der Zölle, die durch Erhöhung des Goldaufschlages auf die Vorkriegszölle von 900 auf 1900 Proz. herbeigeführt wurde, soll im Reichshaushalt die Einnahmen aus Zöllen auf 6 Milliarden Mark erhöhen, die nach dem Ultimatum zur Sicherstellung der Reparationen verwendet werden.

Aus aller Welt.

Zwei Waschkörbe voll Papiergeld wurden an zwei Tagen des Münchener Oktoberfestes auf der Festwiese für Oppau gesammelt. Die Zählung dieser Papierflut soll 14 Tage beanspruchen. An Stadtgeld gingen 15 000 M. ein.

Der reichste Mann Bayerns, der Großindustrielle und Fideikommißbesitzer Freiherr v. Cramer-Klett, ist — ins Kloster gegangen. Wir hätten nichts dagegen, wenn sich alle Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft dieselbe freiwillige Strafe auferlegen würden.

„Lauf doch nicht immer nackt herum ..." Vor dem Würzburger Volksgericht hatten sich drei schwere Jungen, Nikolaus Lebens, Paul Knoll und Anton Kneip, die aus der Haft vorgeführt wurden, zu verantworten. Lebens gefiel sich sofort bei Betreten des Gerichtssaales in der Rolle des Verrückten. Er antwortete auf alle Fragen nur immer mit den Worten: „Ihr wollt mich vergiften und vernichten." Die Verhandlung gegen Lebens wurde ausgesetzt. Der nach ihm darankommende Kneip setzte dann die Rolle Lebens fort. Urplötzlich hatte er sich im Gerichtssaal ausgezogen, lief nackt herum, legte seinen in einem Papier mitgebrachten eigenen Kot auf den Tisch und aß (!) davon. Das Gericht sah sich veranlaßt, die Verhandlung auszusetzen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Höhensonnen-Behandlung Haus Oranien

Diathermie, Licht-, Vierzellenbäder usw. gewähren größte Heilerfolge gegen Erkältungen aller Art, rheumatische und nervöse Leiden, Schlaflosigkeit, Blutarmut und viele andere Krankheiten.
15 Behandlungen von M. 80.— an. Prospekte und Auskünfte kostenlos.
Elektromedizinische Anstalt ersten Ranges unter Leitung von Aerzten, auch einer Aerztin und Höhen-Sonnenbad **Oranienstr. 37**

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Einkauf 10 M. in bar

Eberhardt's Damen-Konfektionshaus
NEUKÖLLN
Knesebeckstraße 36
Ecke Hermannstraße

Billigstes und leistungsfähigstes Spezialgeschäft Neuköllns
Telephon: Neukölln 4149

Ulster in allen Farben M. 98 bis 1300
Tuchmäntel Eskimo M. 298 bis 1400
Strick- u. Sportjacken reine Wolle: M. 175 bis 498
Plüsch- und Astrachanmäntel M. 550 bis 2600
Kleider, Röcke u. Blusen in allen Farben und Preislagen!
Besichtigung ohne Kaufzwang

Kreuz-, Silber-, Zobelfüchse von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

GOLD- Silber- Platin- Bruch kauft Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 19

Wäsche-Hof im Leihhaus Moritzplatz 5 Barverkauf staunend billig Hemden 22, Beinkleider 20, Bettbez. 70, gr. Tepp. 595, Künstl.-Gard. 55, Stepp- u. Diwandecken, Daunenbett. Nur Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware.

Pelz-Waren nur solid. Verarbeit billigst
Goldstein, Dresd. Str. 1, 1 a. Hochbahnh. Kottbus. Tor

Platin Gold-, Silberbr., Zähne
Zinn
Blei, Kupfer, Quecksilber, Weißmetall usw. kauft zu Engrospreisen Scharnow, Langestr. 35, am Schles. Bhf.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38 Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebett., Auflegematratz. u. Feldbettstell. Fabrikpreise. Lieferung frei Haus

Korsette
aus la Stoffen u. in allen Preislagen empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. „ B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. „ Berlin, Kommandantenstr. 23
124 Bz Ecke Alte Jakobstraße

2 Möbelbeizer, 2 Möbelpolierer 2 Vergolder 122/15
werden in dauernde Stellung nach Leipzig gesucht. Nur solche mit guten Zeugnissen und ledige wollen sich melden: Dienstag, den 11. Oktober, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, im Hotel Preußischer Hof (am Anhalter Bahnhof) bei Herrn Direktor Max Dorhns.

Wenn Sie Ihre Brillanten verkaufen wollen
so verschleudern Sie dieselben nicht!

Kleine Juweliere und sogenannte Wohnungshändler drängen sich durch große Inserate hervor und finden immer noch, wie wir feststellen konnten, **Verkäufer, die ihren Schmuck zu billig verkauften.**

Schneiden Sie unser Inserat aus, notieren Sie sich unsere Firma, sie ist wie ein Sparkassenbuch — bares Geld —!

Ein Beweis: Für 1 Brillantring bot eine anmaßend sich „führende" nennende Firma 4000,— M., unser Gebot war 7000,— M. Für 1 Brillant-Kollier boten wir 50 000 M. mehr als selbst ein Ausländer.

Wir sind höchstzahlende Stelle für Brillantringe, Schmuckstücke jeder Art, insbesondere große Objekte, gold. Uhren, Ketten, Ringe, Platin-, Gold-, Silber-Bruch, Gegenstände und Barren, Münzensammlungen u. zahlen den höchsten Weltkurs, dank unserer konkurrenzlosen, allerfeinsten Beziehungen.

Große Enttäuschung haben Sie stets, wenn Sie die niedrigen Angebote anderwärts hören.

Wir überbieten jedes reell abgegebene Gebot!
Kommen Sie vertrauensvoll zu uns!
Ankauf auch mit Rückkaufsrecht. (Städt. konzessioniert.)
Pfandscheine lösen ein und zahlen den Wert zu.

Berliner Juwelen - Verwertungsstelle
Spezialgeschäft für den Ankauf großer Objekte.
Vom Publikum selbst als eine höchstzahlende Stelle anerkannt.
Lützowstr. 92, ein Haus von der Potsdamer Straße.
Geöffnet von 9—7 Uhr, Sonntags 9—1 Uhr.